



Ausschuss für Innere Verwaltung

65. Sitzung (nichtöffentlich)

16. März 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Änderung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSG NRW)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4476

Vorlage 12/3154

Zuschriften 12/3641, 12/3645, 12/3646, 12/3657 Neudruck, 12/3667,
12/3668, 12/3680, 12/3682, 12/3683, 12/3686, 12/3687,
12/3689, 12/3693 und 12/3752

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss vertagt die abschließende Beratung und Abstimmung einvernehmlich auf den 6. April.

2 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

1

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4625

Nach kurzer Diskussion lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

3 Runderlass der Landesregierung zur Kinder- und Jugendkriminalität (s. Anlage)

2

Im Rahmen der Diskussion kann zwischen Landesregierung und CDU-Opposition keine Einigung über das Vorliegen eines entsprechenden Erlasses erreicht werden.

4 Neuorganisation der Kreispolizeibehörden

4

Während der Innenminister erklärt, Pläne, die Landräte wieder von ihrer Funktion als Chefs der Polizei zu entbinden, verfolge sein Haus weder im Augenblick noch nach der Landtagswahl, bestätigt der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Jentsch, Überlegungen zu diesem Punkt im SPD-Arbeitskreis.

5 Einsatz nordrhein-westfälischer Polizeibeamter im Kosovo

6

- Bericht des Inspektors der Polizei
- kurze Diskussion

6 Aktueller Stand der im Bereich der Polizei durchgeführten Reformen 9

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Punkt in der nächsten Sitzung als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln, einen Bericht des Ministers entgegenzunehmen und zu diskutieren.

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Änderung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4476
Vorlage 12/3154

Zuschriften 12/3641, 12/3645, 12/3646, 12/3657 Neudruck, 12/3667, 12/3668,
12/3680, 12/3682, 12/3683, 12/3686, 12/3687, 12/3689, 12/3693 und
12/3752

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Ausschuss** vertagt die abschließende Beratung und Abstimmung einvernehmlich auf den 6. April.

2 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4625

Theodor Kruse (Olpe) (CDU) verweist auf die Plenardebatte zu dem Gesetzentwurf am 23. Februar und betont noch einmal die Notwendigkeit, nicht zuletzt zur Schaffung einer bundeseinheitlichen Regelung dem Beispiel etlicher anderer Bundesländer zu folgen und das nordrhein-westfälische Polizeigesetz entsprechend zu ändern.

Nach Ansicht **Hans-Peter Meineckes (SPD)** wäre Inhalt einer Änderung einzig und allein der Austausch eines unbestimmten Rechtsbegriffs gegen einen anderen, was keine Verbesserung brächte; denn im Einzelfall müssten sowohl der den Schuss abgebende als auch der anordnende Beamte - egal, wie die Rechtsvorschrift lautete - ihre Entscheidung gegebenenfalls in einem rechtsstaatlichen Verfahren überprüfen lassen und deshalb vorher die Verhältnismäßigkeit prüfen.

Roland Appel (GRÜNE) erinnert an die 1988 bei Beratung des jetzt gültigen Polizeigesetzes sehr intensive Befassung des Landtages mit der in Rede stehenden, von der CDU-Fraktion gewünschten Formulierung und der aus guten Gründen mit Mehrheit seinerzeit getroffenen Ablehnung einer solchen Klausel, um den Eindruck zu vermeiden, der Polizei sollte bei der Ausübung von Nothilfe in einer spezifischen Situation eine Sonderstellung eingeräumt werden.



CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

Theo Kruse MdL
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

An den
Vorsitzenden des Innen-Ausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus-Dieter Stallmann, MdL

- im Hause -

07.03.2000

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Innen-Ausschusses folgende Themen auf die Tagesordnung zu setzen:

- Runderlass der Landesregierung zur Kinder- und Jugendkriminalität
-Bericht der Landesregierung-
- Neuorganisation der Kreispolizeibehörden
-Bericht des Innenministeriums-
- Einsatz nordrhein-westfälischer Polizeibeamter im Kosovo
-Bericht des Innenministeriums-
- Aktueller Stand der im Bereich der Polizei durchgeführten Reformen
-Bericht des Innenministeriums-

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Theo Kruse MdL

f.d.R.

Carsten Herlitz
-Wissenschaftlicher Referent-

